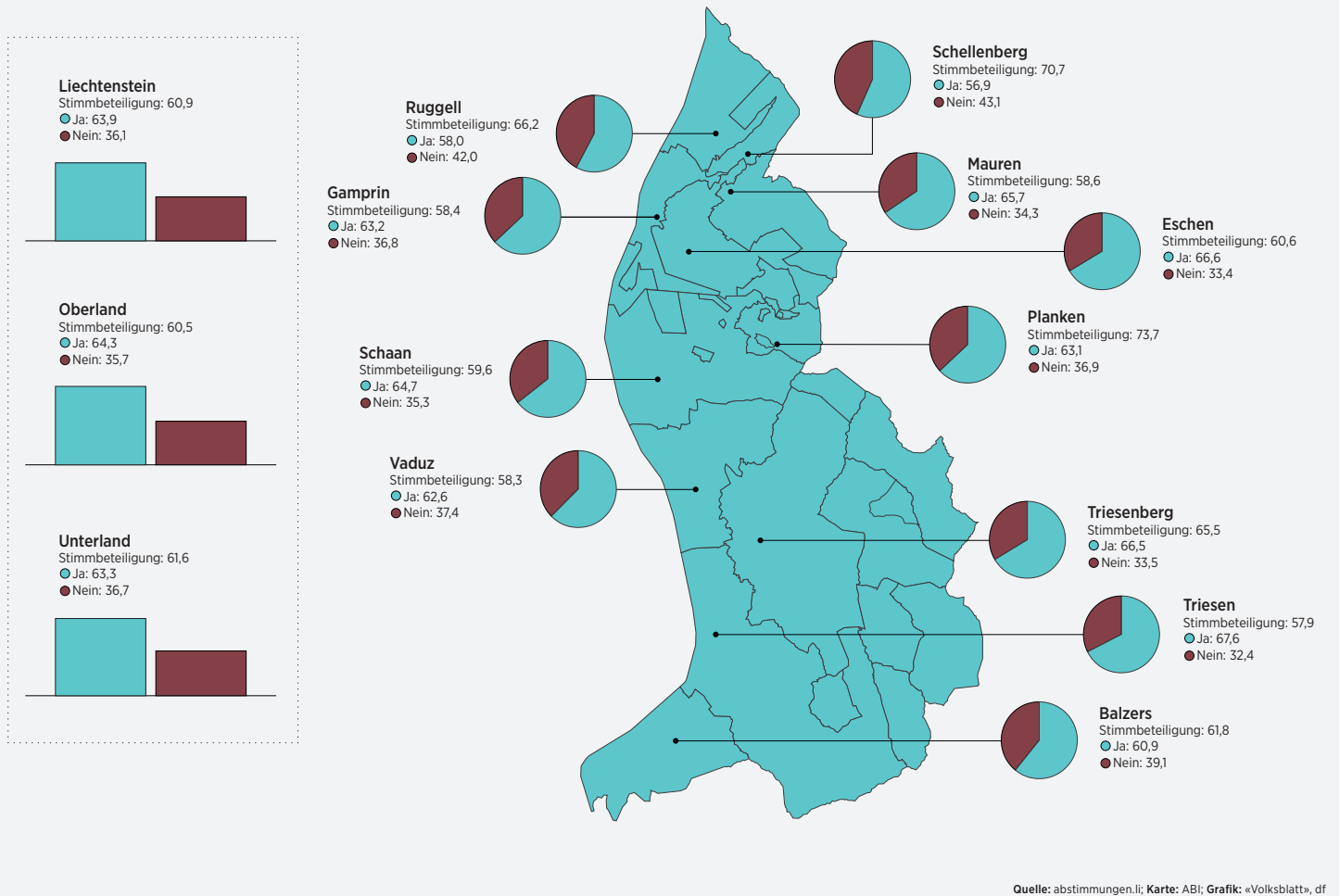


Liechtenstein sagt Ja zur Franchisenbefreiung für Rentner

Ergebnisse aus den einzelnen Gemeinden (in Prozent)



Klarheit überrascht DpL

Treffen Die Deutlichkeit, mit der sich das Stimmvolk die Franchisenbefreiung für Rentner wünschte, liess das Ja-Lager strahlen: «Wir sind bei den Leuten», so der Tenor der DpL in Eschen.

VON HANNES MATT

Das «Ja»-Lager vonseiten der DpL hatte sich gestern um die Mittagszeit im Pap in Eschen getroffen, um den Abstimmungsausgang gemeinsam zu verfolgen. Von grossem Optimismus konnte dort bei den rund 10 DpL-Freunden vor dem Eintreffen der ersten Resultate noch keine Rede sein: Man war sich keinesfalls sicher, wie die Abstimmung schlussendlich ausgehen würde.

Grosse Freude nach ersten Zahlen

Mit den ersten Zahlen aus den kleineren Gemeinden, bei denen sich bereits eine starke Mehrheit für die Franchisenbefreiung für Rentner ausgesprochen hatte, stellte sich aber rasch Euphorie ein. «Nun ist der Ausgang so gut wie fix», freuten sich die Anwesenden zusammen mit den DpL-Abgeordneten Thomas Rehak und Herbert Elkuch und es wurden erste Gratulationen ausgetauscht. «Das zeigt mal wieder klar auf: Während Regierung und Landtag am Volk vorbeipolitisieren, sind wir bei den Leuten», meinte jemand. «Zusätzlichen Schub hat sicher auch gegeben, dass die Grossparteien eine Nein-Parole herausgegeben haben», analysierte ein anderer. Nach der Auszählung aller Gemeinden liessen es sich die Anwesenden nicht nehmen, mit einem kühlen Getränk

auf die Deutlichkeit des Ergebnisses von 63,9 Prozent anzustossen.

«Damit haben wir nicht gerechnet»

«Wir sind sehr erfreut über das Resultat. Mit der Deutlichkeit haben wir nicht gerechnet», betonte Thomas Rehak folgend gegenüber dem «Volksblatt». Der DpL-Präsident dankte allen, die an der Abstimmung teilgenommen haben - insbesondere jenen, die mit «Ja» gestimmt hätten. «Wir sind alle froh, dass mit der Franchisenbefreiung der erste Schritt genommen werden konnte, die Rentner im Land nach 11 Jahren Stillstand nun endlich zu entlasten», bekräftigte Rehak. Ob der tiefen Stimmteilnahme von 61 Prozent dem Ziel in die Karten gespielt hätte, liess er offen. Das werde die Auswertung der Abstimmungsumfrage des Liechtenstein-Instituts zeigen. Rehak: «Wir gehen aber schon davon aus, dass für jene, die nicht abstimmen gegangen sind, das Thema mehr oder weniger irrelevant war.» Das Argument, dass mit der Franchisenbefreiung für Rentner nun die Krankenkassenprämien steigen sollen, liess er indes nicht gelten. «Es kann nicht sein, dass sich die 5 Prozent der Rentner, die bislang die Franchise nicht angetastet haben, nun wie verückt zum Arzt rennen», so Rehak. «Das kann keine Mengenausweitung geben. Da liegt die Regierung falsch.»

Auch Herbert Elkuch freute sich, dass nun ein erster, wenn auch überschaubarer Schritt gemacht werden konnte. «Mit über 60 Prozent war doch eine deutliche Mehrheit dafür, den Rentenstopp aufzuheben», so der DpL-Abgeordnete. «Es müssen auch viele Leute der Grossparteien dafür gewesen sein. Denn es ist ja klar, dass DpL alleine für das Resultat viel zu schwach ist.» Wann genau Rentner keine Franchise mehr zahlen müssen, konnte Herbert Elkuch noch nicht beantworten: «Dies liegt nun bei der Regierung. Ich denke mal, dass es im nächsten Jahr der Fall sein wird.»

Unterstützung für Fairness-Initiative

Mit der Franchisenbefreiung soll das Engagement der DpL für die Liechtensteiner Rentner aber nicht enden: Sowohl Elkuch als auch Rehak kündigten gestern nochmals ihre Unterstützung für die «Fairness-Initiative» von Johannes Kaiser (FBP) und Manfred Kaufmann (VU) zur Rückkehr zum Mischindex bei der AHV-Rentenberechnung an. «Das wäre dann ein zweiter Schritt in die richtige Richtung», so Rehak. «Allerdings wird das eine grosse Herausforderung und hätte höhere Beiträge, ein Jahr mehr arbeiten oder eine Ausweitung des Staatsbeitrags - folgend mit einem Export von einem Haufen Geld - zur Folge.»

Stellungnahme

VU sieht im Ja Auftrag für weitere Massnahmen

VADUZ Vom klaren Ja zur Initiative zeigt sich die Vaterländische Union (VU) nicht überrascht. Die von der Bevölkerung beschlossene Franchisebefreiung werde einige Rentner, welche sich somit bei Arztbesuchen künftig 500 Franken sparen können, entlasten. Andererseits erkennt die VU im Ergebnis aber auch ein Signal, teilte die Parteiführung am Sonntag mit.

Zwar habe der VU-Parteivorstand zur Abstimmung die «Nein»-Parole beschlossen. In der Diskussion habe man aber einige Fehlanreize und Schwierigkeiten im heutigen Gesundheits- und Rentensystem erörtert. «Deshalb versteht die VU dieses Votum der Bevölkerung als Auftrag, nun weitere Massnahmen zu prüfen», heisst es in der Mitteilung weiter. So müsse die Franchise kritisch auf ihre Treffsicherheit hinterfragt werden. Nach Meinung des VU-Parteivorstands verfehle diese nämlich ihre Lenkungswirkung.

VU fordert mehr Tempo

«Die VU sieht das Ja an der Abstimmung auch als eine Protestnote gegenüber dem weitgehenden Stillstand im Sozialbereich, der seit zehn Jahren herrscht», heisst es weiter. Die Erarbeitung wichtiger Grundlagen, etwa dem Armutsbericht, sei auf die lange Bank geschoben worden. Dementsprechend seien auch Massnahmen ausgeblieben.

Die VU will Hand für gute Lösungen bieten und fordert das Gesundheitsministerium gleichzeitig zu einem höheren Tempo in diesen Fragen auf. Gesellschaftsminister Manuel Frick kündigte den Armutsbericht noch für dieses Jahr und eine Altersstrategie in dieser Legislatur an. Dass die Entwicklung von ganzheitlichen Konzepten seine Zeit braucht, erkennt zwar auch die VU an: «Allerdings zeigt das deutliche Votum der Bevölkerung, dass sie sich eine Priorisierung dieser Projekte wünscht und sie die Geduld verliert. Offenbar fehlt hier eine Vision.» Deshalb seien die Stimmbürger bereit, auch wenig treffsicheren Einzelaktionen zuzustimmen. (red/pd)

Ergebnisse aus der Umfrage

Das Liechtenstein-Institut hat gemeinsam mit dem «Volksblatt» und dem «Vaterland» eine Umfrage zum Abstimmungsverhalten lanciert. Diese endete um Mitternacht, erste Ergebnisse werden am Mittwoch veröffentlicht. Dann wird auch mehr über die Motive und der Einfluss demografischer Faktoren auf das Abstimmungsergebnis bekannt.